

FAQ

Corona: Etappenplan für die Schulöffnung

Stand: 01. Juli 2020

INHALTSÜBERSICHT

PERSONALEINSATZ	3
Welche Lehrerinnen und Lehrer können für die Beschulung eingesetzt werden?	3
Welche Atteste müssen vorgelegt werden?.....	4
Wie ist damit umzugehen, wenn die Schulleitung, Abteilungsvorsteherung und Fachvorsteherung oder eine Bundeslehrperson mit administrativen Aufgaben zur COVID-19-Risikogruppe gehören?	4
Können Schwangere eingesetzt werden?	4
Können Lehrerinnen und Lehrer, die betreuungspflichtige Kinder haben, im Präsenzunterricht eingesetzt werden?	5
Ist nach wie vor ein Einsatz an mehreren Schulstandorten möglich?	5
Ist die Schullistentenz wieder einsetzbar?	5
UNTERRICHTSGESTALTUNG UND UNTERRICHTSORGANISATION	5
Ist die Schulöffnung nach dem Etappenplan zwingend? Kann auch nach der Schulöffnung weiterhin Distance-Learning angeboten werden?	5
Unter welchen Umständen dürfen Schülerinnen und Schüler dem Unterricht fernbleiben? Haben sie Anspruch auf ortsungebundenen Unterricht (Distance-Learning)?.....	5
Bleibt der Stundenplan unverändert aufrecht? Welche Regelungen gelten für die Gegenstände Bewegung und Sport, Musikerziehung sowie Textiles und Technisches Werken?	6
Wie ist mit der Täglichen Bewegungseinheit (TBuS) umzugehen bzw. können Bewegungsscoaches an die Schule kommen?	7
Was bedeutet die Verkürzung der Unterrichtszeiten und wie ist der Stundenplan zu gestalten?	7
Ist in der Sekundarstufe II ein Nachmittagsunterricht möglich?	7
Finden Sprachfördermaßnahmen (Deutschförderklassen und Deutschförderkurse) sowie MIKA-D-Testungen statt?	7
Dürfen Radfahrprüfungen stattfinden?.....	8
Ist ein Betrieb der Schulbibliothek möglich?	8
Ab wann dürfen Schulveranstaltungen wieder stattfinden?.....	8
Sind Veranstaltungen, wie etwas Maturafeiern, Schulabschlussfeste usw. möglich?	8
Dürfen Externe wieder Kurse an den Schulen anbieten bzw dürfen Räumlichkeiten der Schule von Externen (zB Vereine, VHS) benutzt werden?	9
Dürfen Externistenprüfungen stattfinden?	9

Sind Schnuppertage im Sinne der individuellen Berufsbildungsorientierung (§ 13b SchUG) bzw. Berufspraktische Tage möglich?	9
Können KEL-Gespräche, Bewertungsgespräche und Elternsprechtage stattfinden?	9
Wann darf eine Person (Kind/Lehrperson) nicht in die Schule kommen?	10
Findet an den schulautonomen Tagen Unterricht statt? Sind die Lehrpersonen schulrechtlich und dienstrechtlich abgesichert? Gibt es Versicherungsschutz für die Schülerinnen und Schüler?	10
Ab welcher Schülerinnen- bzw. Schülerzahl muss die Klasse geteilt werden?	10
Wie kann der Schichtbetrieb organisiert werden? Gibt es Vorgaben für ein einheitliches Modell oder sind die Schulen in dieser Entscheidung frei?	11
Wann findet an den berufsbildenden mittleren Schulen, Kollegs, Sonderformen nach SchUG-BKV der Präsenzunterricht der abschließenden Klassen statt?	11
Wie darf die für den Haupttermin 2019/20 gemäß § 8 Abs. 5 der 167. Verordnung geplante Verlängerung der Dauer der schriftlichen Klausurarbeiten um 60 Minuten verwendet werden?....	11
LEISTUNGSBEURTEILUNG/AUFSTEIGEN/ZEUGNIS	12
Welche Formen der Leistungsfeststellung sind noch möglich?	12
Wann dürfen Schülerinnen und Schüler in die nächsthöhere Klasse aufsteigen?	12
Gibt es abweichende Regelungen für das Aufsteigen aus Deutschförderkursen bzw. Deutschförderklassen?	12
Wann sind die Schülerinnen und Schüler zur Ablegung von Wiederholungsprüfungen berechtigt?	13
Muss an Volksschulen weiterhin zur Ziffernbeurteilung eine schriftliche Erläuterung (z.B.: Kompetenzraster) erfolgen?	13
Was sind die Formvorgaben (Papier, Verbinden mit Zeugnis, etc.) für die schriftlichen Erläuterungen?	13
Welche inhaltlichen Vorgaben gibt es für die schriftlichen Erläuterungen?	14
Wie ist in diesem Schuljahr mit dem vorläufigem Jahreszeugnis (Interimsbestätigung/Schulerfolgsbestätigung) für weiterführende Schulen umzugehen?	14
Wann hat die Zeugnisverteilung stattzufinden? Dürfen alle Schülerinnen und Schüler am selben Tag (Zeugnistag) die Schule besuchen? (Update: 30.6.)	14
BETREUUNG	15
Muss für alle Kinder eine Betreuung stattfinden (auch für jene, die an jenem Tag keinen Präsenzunterricht haben)?	15
Was mache ich, wenn nicht ausreichend Personal für die Betreuung vorhanden ist?	15
Steht an ganztägig geführten Standorten eine Nachmittagsbetreuung zur Verfügung?	15
HYGIENEVORGABEN	15
Besteht weiterhin die Verpflichtung einen Mund-Nasenschutz zu tragen?	16
Gibt es die Möglichkeit, am Standort wieder freiwillig zum verpflichtenden Tragen eines Mund-Nasenschutzes zurückzukehren? (Update: 30.6.)	16

PERSONALEINSATZ

Welche Lehrerinnen und Lehrer können für die Beschulung eingesetzt werden?

Für Bundesschulen gilt:

Grundsätzlich besteht Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte im Umfang ihres Beschäftigungsausmaßes. Die Vorgaben, welche Bundeslehrpersonen an Ihrem Standort im Unterricht eingesetzt werden können, wurden mittlerweile vom BMBWF an die Standorte übermittelt.

Folgende zwei Fallgruppen können unterschieden werden:

1) Personen, die der Risikogruppe angehören und ein COVID-19-Risiko-Attest vorlegen:

Sie sind grundsätzlich nicht im Präsenzunterricht einzusetzen. Es ist aber zu prüfen, ob Homeoffice oder adäquate Änderungen der Arbeitsbedingungen möglich sind. Ist dies nicht der Fall, ist die Lehrperson von den Aufgaben freigestellt. Folgende Schritte sind zu berücksichtigen:

- Das vorgelegte COVID-19-Risiko-Attest ist der Bildungsdirektion vorzulegen.
- Die Aufgaben, die nicht mehr wahrgenommen werden können, sind einer anderen Lehrperson bzw. anderen Lehrpersonen zu übertragen.
- Andere Aufgaben, die vom Homeoffice aus wahrgenommen werden können, sind von der Lehrperson (weiter) wahrzunehmen bzw. können ihr übertragen werden.

2) Personen, die älter als 60 Jahre sind (ohne Zugehörigkeit zur Risikogruppe):

Diese Personengruppe kann eine Erklärung abgeben, dass sie aus Gründen des Alters vom Präsenzunterricht freigestellt werden möchte. Auch in diesen Fällen ist zu überprüfen, ob bzw. in wie weit die Arbeitsbedingungen abgeändert werden können (z.B. Homeoffice). Unter Umständen sind auch diese Lehrpersonen von den Aufgaben freizustellen und Aufgaben an andere zu übertragen.

Für Personen, die im selben Haushalt mit einer Person leben, die der Risikogruppe angehört, besteht eine uneingeschränkte Unterrichtsverpflichtung im Umfang ihres Beschäftigungsausmaßes am Schulstandort.

Für alle Gruppen gilt, dass kein Beschäftigungsverbot vorliegt, sodass eine freiwillige Tätigkeit an der Schule jederzeit möglich ist.

Für allgemein- und berufsbildende Pflichtschulen gilt:

Grundsätzlich besteht Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte im Umfang ihres Beschäftigungsausmaßes. Die Vorgaben, welche Landeslehrpersonen an Ihrem Standort im Unterricht eingesetzt werden können, wurden mittlerweile gesondert übermittelt.

Personen, die der Risikogruppe angehören und ein COVID-19-Risiko-Attest vorlegen, sind grundsätzlich nicht im Präsenzunterricht einzusetzen. Es ist aber zu prüfen, ob Homeoffice oder adäquate Änderungen der Arbeitsbedingungen möglich sind. Ist dies nicht der Fall, ist die Lehrperson von den Aufgaben freigestellt.

Folgende Schritte sind zu berücksichtigen:

- Das vorgelegte COVID-19-Risiko-Attest ist der Bildungsdirektion vorzulegen.
- Die Aufgaben, die nicht mehr wahrgenommen werden können, sind einer anderen Lehrperson bzw. anderen Lehrpersonen zu übertragen.
- Andere Aufgaben, die vom Homeoffice aus wahrgenommen werden können, sind von der Lehrperson (weiter) wahrzunehmen bzw. können ihr übertragen werden.

Grundsätzlich liegt selbst für diese Gruppe kein Beschäftigungsverbot vor, sodass eine freiwillige Tätigkeit an der Schule jederzeit möglich ist.

Für Personen, die älter als 60 Jahre sind und nicht der COVID-19-Risikogruppe angehören, besteht uneingeschränkte Unterrichtsverpflichtung im Umfang ihres Beschäftigungsausmaßes am Schulstandort. Gleiches gilt für Personen, die im selben Haushalt mit einer Person leben, die der Risikogruppe angehört.

Welche Atteste müssen vorgelegt werden?

Für alle Schulen gilt:

Aus den Attesten muss hervorgehen, dass es sich um ein COVID-19 Risiko-Attest handelt. Außerdem dürfen sie nicht vor dem 6.5.2020 ausgestellt worden sein.

Wie ist damit umzugehen, wenn die Schulleitung, Abteilungsvorstellung und Fachvorstellung oder eine Bundeslehrperson mit administrativen Aufgaben zur COVID-19-Risikogruppe gehören?

Für alle Schulen gilt:

Liegt ein COVID-19-Risiko-Attest für eine Schulleitung, Abteilungsvorstellung und Fachvorstellung oder für eine Lehrperson mit administrativen Aufgaben vor, ist diese Person vom Präsenzunterricht, von der Betreuung und Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern, von der Aufsichtsführung bei Prüfungen und von der Mitgliedschaft von Prüfungskommissionen freigestellt. Diese Aufgaben sind an andere Lehrpersonen zu übertragen.

Können Schwangere eingesetzt werden?

Für allgemein und berufsbildende Pflichtschulen gilt:

Schwangere Kolleginnen gehören nicht grundsätzlich zur Risikogruppe. Sie verfügen damit im Normalfall nicht über ein COVID-19-Risiko-Attest und müssen ihren Dienst unter Einhaltung der Hygienebestimmungen und des Mutterschutzgesetzes verrichten.

Wenn an einem Standort die Hygienebestimmungen nicht eingehalten werden können, etwa an einer allgemeinen Sonderschule oder in einer Integrationsklasse, ist trotzdem zu prüfen, ob ein anderer Einsatz der Kollegin zur Dienstverrichtung möglich ist.

Bei weiteren Fragestellungen dazu in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen wird er-sucht, mit dem landesschulärztlichen Dienst der Bildungsdirektion für OÖ Kontakt aufzunehmen, in Bundes-schulen mit dem zuständigen arbeitsmedizinischen Dienst.

Können Lehrerinnen und Lehrer, die betreuungspflichtige Kinder haben, im Präsenzunterricht eingesetzt werden?

Für alle Schulen gilt:

Ja. Kolleginnen und Kollegen mit betreuungspflichtigen Kindern sind im Rahmen ihrer Lehrverpflichtung nach Stundenplan einzusetzen.

Ist nach wie vor ein Einsatz an mehreren Schulstandorten möglich?

Ja, ein solcher ist auch weiterhin möglich. Für diese Lehrpersonen ist die Einhaltung der Hygienevorschriften besonders wichtig.

Ist die Schullassistenz wieder einsetzbar?

Für alle Schulen gilt:

Ja, die Schullassistenz ist jederzeit wieder einsetzbar, wenn die betroffenen Schülerinnen und Schüler wieder anwesend sind. Bitte dazu um Abstimmung mit dem Schulerhalter.

UNTERRICHTSGESTALTUNG UND UNTERRICHTSORGANISATION

Ist die Schulöffnung nach dem Etappenplan zwingend? Kann auch nach der Schulöffnung weiterhin Distance-Learning angeboten werden?

Ja, die Öffnung der Schulen erfolgt nach dem seitens des BMBWF festgelegten Etappenplans. Ein Abweichen vom Etappenplan ist nicht vorgesehen. Das Distance-Learning ist nicht mehr angedacht.

Ausgenommen davon sind Schülerinnen und Schüler, die einer Risikogruppe angehören und jene Fälle, wo ein Pflichtgegenstand sonst unter Umständen ganz entfallen würde.

Ausnahmsweise können aus zwingenden organisatorischen Gründen daher einzelne Stunden bzw. Pflichtgegenstände als ortsungebundener Unterricht gehalten werden. Ein Beispiel ist et-wa, wenn Religion gänzlich entfallen würde, weil es ursprünglich ausschließlich am Nachmittag gehalten wurde.

Unter welchen Umständen dürfen Schülerinnen und Schüler dem Unterricht fernbleiben? Haben sie Anspruch auf ortsungebundenen Unterricht (Distance-Learning)?

Für alle Schulen gilt:

Schülerinnen und Schüler, die einer Risikogruppe angehören bzw. mit Angehörigen einer Risikogruppe im selben Haushalt leben, sollen weiterhin im ortsungebundenen Unterricht (Distance-Learning) bleiben, sofern sie das wünschen. Dafür ist die Vorlage eines COVID-19-Risiko-Attests bzw. einer behördlichen Anordnung über die Quarantäne erforderlich. Die Schüler und Schülerinnen haben dann die Möglichkeit, die Leistungsfeststellungen mittels elektronischer Kommunikation zu erledigen.

Schülerinnen und Schüler, die keiner Risikogruppe angehören, sich jedoch wegen der aktuellen Situation psychisch nicht in der Lage sehen, am Präsenzunterricht teilzunehmen, gelten gemäß § 45 Schulunterrichtsgesetz und § 9 Schulpflichtgesetz als entschuldigt. Es ist daher auch ein tageweises Fernbleiben möglich. Diese Schüler und Schülerinnen müssen daher selbstständig den versäumten Lernstoff nachholen bzw. Arbeitsaufträge erledigen. Diese Schüler und Schülerinnen haben jedoch keinen Anspruch auf einen ortsungebundenen Unterricht. Die Vorlage einer ärztlichen Bestätigung darf dafür nicht verlangt werden.

Bleibt der Stundenplan unverändert aufrecht? Welche Regelungen gelten für die Gegenstände Bewegung und Sport, Musikerziehung sowie Textiles und Technisches Werken?

Für alle Schulen gilt:

Der Stundenplan bleibt unverändert aufrecht und der Pflichtgegenstand „**Bewegung und Sport**“ ist weiterhin ausgesetzt.

Bewegungs- und Sportangebote können aber ab sofort schulautonom in Ergänzung zum bestehenden Stundenplan angeboten werden. Die Bewegungseinheiten können als Ergänzungsunterricht, für jene Schülerinnen und Schüler, welche sich dafür freiwillig angemeldet haben, nach dem Ende des regulären Unterrichts angehängt werden. Die dafür angemeldeten Schülerinnen und Schüler sind in Gruppen von mindestens 8 und höchstens 18 Schülerinnen und Schülern, gegebenenfalls auch klassen- und schulstufenübergreifend zusammen zu fassen. Ein solcher Ergänzungsunterricht muss jedoch spätestens am 15.6.2020 starten. Die Schulleitung muss bei der Abhaltung von freiwilligen Bewegungseinheiten auf die organisatorischen Möglichkeiten am Schulstandort (Sportstätten) Rücksicht nehmen. Dabei hat jedoch die Vormittagsbetreuung an den unterrichtsfreien Tagen Vorrang.

Die Bestimmungen des Erlasses des BMBWF für „Bewegung und Sport“ in Sonderformen (GZ 2020-0.290.067), für folgende Schulen gelten auch weiterhin:

- (1) NMS-, AHS (Langformen)- und BORG-Sonderformen unter besonderer Berücksichtigung der sportlichen oder skisportlichen Ausbildung sowie
- (2) Standorte mit genehmigten Schulversuchen für Leistungssportler/innen

Bei der Sportausübung müssen die Vorschriften des Hygienehandbuchs und die vom Gesundheitsministerium für den Breitensport verordneten Präventionsmaßnahmen jedenfalls eingehalten werden. Genauere Informationen dazu findet man unter: <https://www.bmkoes.gv.at/Themen/Corona/H%C3%A4ufig-gestellte-Fragen-Sport-Veranstaltungen.html>

Im **Unterrichtsfach „Musikerziehung“** ist das Singen wieder erlaubt.

Die Bestimmungen des Erlasses des BMBWF zum Unterricht in Musikerziehung (GZ 2020-0.288.924), für folgende Schulen gelten auch weiterhin:

- (1) NMS- und AHS-Sonderformen mit besonderer Berücksichtigung der musischen Ausbildung sowie
- (2) Standorte mit genehmigtem Schulversuch mit musikalischem Schwerpunkt

Auf die Einhaltung der Hygienestandards muss dabei besonders geachtet werden.

In den **Gegenständen Textiles und Technisches Werken** sind die Unterrichtsinhalte so festzulegen, dass Schülerinnen und Schüler keine Arbeitsflächen unmittelbar hintereinander benützen oder Werkzeuge weitergeben. Auch der Abstand gemäß den Hygienebestimmungen muss eingehalten werden.

Die durch den Entfall von Bewegung und Sport entstehenden Freistunden sollen für die Festigung von Inhalten in anderen Fächern, für das Einbringen von am Nachmittag entfallenen Fächern oder für die Erledigung von Aufgaben verwendet werden. Über die Verwendung dieser Stunden können Sie an Ihrer Schule autonom entscheiden.

Wie ist mit der Täglichen Bewegungseinheit (TBuS) umzugehen bzw. können Bewegungscoaches an die Schule kommen?

Nachdem in der aktuellen Situation der Unterricht in Bewegung und Sport grundsätzlich entfällt, hat auch TBuS zu entfallen. Somit sind grundsätzlich auch keine Bewegungscoaches einzusetzen (für einen allfälligen Einsatz in der Betreuung stimmen Sie sich bitte am Standort ab).

Was bedeutet die Verkürzung der Unterrichtszeiten und wie ist der Stundenplan zu gestalten?

Für Primarstufe und Sekundarstufe I gilt:

In der Primarstufe und Sekundarstufe I findet in diesem Schuljahr kein Nachmittagsunterricht mehr statt. Wir gehen davon aus, dass die genannten Unterrichtszeiten (8.00 bis 12.00 Uhr bzw. 8.00 bis 14.00 Uhr) den Rahmen vorgeben.

Alle Unterrichtseinheiten des lehrplanmäßigen Stundenplans einer Woche sollen möglichst stattfinden. **Es soll zu keiner Änderung des bestehenden Stundenplans mehr kommen.**

Ist in der Sekundarstufe II ein Nachmittagsunterricht möglich?

Für Sekundarstufe II gilt:

In der Sekundarstufe II kann der Unterricht am Nachmittag beibehalten werden und es gilt grundsätzlich der Stundenplan. Auf die Einhaltung der Hygienebestimmungen in der Mittagspause ist besonders zu achten.

Ausgenommen sind jedoch unverbindliche Übungen, Freigegegenstände sowie Bewegung und Sport.

Finden Sprachfördermaßnahmen (Deutschförderklassen und Deutschförderkurse) sowie MIKA-D-Testungen statt?

Ja, mit der Schulöffnung nehmen außerordentliche Schülerinnen und Schüler den Unterricht in den Deutschförderklassen und Deutschförderkursen wieder auf.

Die MIKA-D-Testungen über den Sprachstand der Kinder sind auf Antrag der Eltern oder aufgrund der pädagogischen Entscheidung der Lehrkraft bzw. Schule innerhalb der letzten vier Wochen des Unterrichtsjahres durchzuführen. Wird davon nicht Gebrauch gemacht, muss die Testung innerhalb der ersten zwei Wochen des Schuljahres 2020/21 durchgeführt werden.

Schülerinnen und Schüler, bei welchen am Ende des Schuljahres 2019/20 noch keine Testung stattgefunden hat, verbleiben bis zur Durchführung der Testung auf derselben Schulstufe, in der sie die Deutschförderklasse im Schuljahr 2019/20 besucht haben. Beschlüsse nach § 25 Abs. 5c SchUG können daher erst, nach der erfolgten Testung innerhalb der ersten beiden Wochen des neuen Schuljahres 2020/21 gefasst werden.

Dürfen Radfahrprüfungen stattfinden?

Für Primarstufe gilt:

Die freiwillige Radfahrprüfung wird von dem Verbot von Schulveranstaltungen/schulbezogenen Veranstaltungen ausgenommen und kann durchgeführt werden. Nachdem es sich dabei um einen Bestandteil der verbindlichen Übung „Verkehrserziehung“ handelt, sollte nur in begründeten Ausnahmefällen die Prüfung entfallen. In diesem Fall würden wir um eine Abstimmung mit Ihrer zuständigen Schulaufsicht ersuchen.

Die Organisation erfolgt wie bisher in Absprache mit der Exekutive, gegebenenfalls mit der Bildungsdirektion. Für die Ablegung der Prüfung darf auf die Richtlinie bzw. das RS 24/2016 verwiesen werden: https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2016_24.html.

Zu den Hygienebestimmungen dürfen wir auf das Dokument des BMBWF „Umsetzung des Etappenplans für Schulen“ vom 7. Mai (Seite 12 und 13) verweisen.

Ist ein Betrieb der Schulbibliothek möglich?

Ja, Schulbibliotheken können unter Einhaltung der Hygienevorschriften geöffnet werden.

Ab wann dürfen Schulveranstaltungen wieder stattfinden?

Schulveranstaltungen sind bis Schuljahresende untersagt. Darunter fallen auch Wandertage, Ausflüge, etc.

Grundsätzlich kann nach Angaben des BMBWF derzeit davon ausgegangen werden, dass im Herbst Schulveranstaltungen wieder durchgeführt werden können.

Für Stornierungen von Schulveranstaltungen, die im nächsten Schuljahr stattfinden, gelten die jeweiligen Vertragsmodalitäten. Eine Ausweitung des Fonds auf Veranstaltungen im Herbst ist derzeit nicht angedacht! Eine Ausnahme besteht für jene Veranstaltungen, die nur wegen einer COVID-19-bedingten Verschiebung im Herbst stattfinden. Diese können über den Fonds abgewickelt werden, sollte sich im Herbst erneut die Notwendigkeit einer Stornierung ergeben.

Sind Veranstaltungen, wie etwas Maturafeiern, Schulabschlussfeste usw. möglich?

Ja, Veranstaltungen (Maturafeiern und Schulabschlussfeste) können durchgeführt werden. Es müssen dabei jedoch unbedingt die geltenden Regelungen des Gesundheitsministeriums beachtet werden:

Bis 30.6.2020 sind daher gemäß COVID-19-Lockerungsverordnung Veranstaltungen bis zu 100 Personen möglich. Mit 1.7.2020 sind Veranstaltungen mit zugewiesenen und gekennzeichneten Sitzplätzen in geschlossenen Räumen mit bis zu 250 Personen und im Freiluftbereich mit bis zu 500 Personen zulässig.

Das Hygienehandbuch für Schulen wurde dahingehend adaptiert und ist unter www.bmbwf.gv.at/hygiene abrufbar.

Dürfen Externe wieder Kurse an den Schulen anbieten bzw dürfen Räumlichkeiten der Schule von Externen (zB Vereine, VHS) benutzt werden?

Für alle Bundesschulen gilt:

Die Schulraumüberlassung (§ 128a SchOG) an schulfremde Organisationen kann unter Einhaltung der geltenden Hygienemaßnahmen schulautonom erfolgen.

Die Teilnahme von externen Personen an Workshops und Veranstaltungen kann ebenso unter Einhaltung der aktuellen Hygienemaßnahmen ermöglicht werden.

Für die öffentlichen Pflichtschulen und Privatschulen gilt:

Die Entscheidung bezüglich Schulraumüberlassung obliegt dem jeweiligen Schulerhalter. Einzuhalten sind die jeweiligen Hygienevorschriften.

Die Teilnahme von externen Personen an Workshops und Veranstaltungen kann ebenso unter Einhaltung der aktuellen Hygienemaßnahmen ermöglicht werden.

Dürfen Externistenprüfungen stattfinden?

Ja, seit der Schulöffnung können entsprechende Prüfungstermine mit der zuständigen Schule vereinbart werden. Es müssen bei der Prüfung die entsprechenden Vorgaben des Hygienehandbuchs eingehalten werden. Seitens des BMBWF sind hinsichtlich der Externistenprüfungen keine darüber hinausgehenden Sonderregelungen, wie eine etwaige Erstreckung der Fristen, angedacht. Externistenprüfungen, auf welche die Bestimmungen der Externistenprüfungsverordnung anzuwenden sind, können auch in elektronischer Form durchgeführt werden.

Sind Schnuppertage im Sinne der individuellen Berufsbildungsorientierung (§ 13b SchUG) bzw. Berufspraktische Tage möglich?

Ja, für Schülerinnen und Schüler ab der 8. Schulstufe allgemeinbildender Schulen (NMS, AHS, PTS) sowie von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ist eine **individuelle Berufsorientierung** nach § 13b SchUG („Schnuppern“) auch in der aktuellen Situation möglich. Dabei sind jedenfalls die für den jeweiligen Betrieb gültigen Hygienevorschriften einzuhalten.

Berufspraktische Tage werden jedoch von der Schule organisiert und zeitgleich für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse oder Schulstufe abgehalten. Berufspraktische Tage gelten daher gemäß § 1 Abs. 2 Z 4 der Schulveranstaltungsverordnung als Schulveranstaltung gemäß § 13 SchUG. Die Abhaltung ist daher bis auf weiteres untersagt.

Können KEL-Gespräche, Bewertungsgespräche und Elternsprechtage stattfinden?

Für alle Schulen gilt:

Der Kontakt zu den Eltern ist gerade auch in diesen herausfordernden Zeiten besonders wichtig. Von Seiten des BMBWF wurden noch Änderungen diese Themen betreffend angekündigt, die noch abzuwarten sind.

Es ist aber davon auszugehen, dass abweichend von § 19 SchUG Gespräche zwischen Lehrpersonen, der Schülerin oder dem Schüler und den Erziehungsberechtigten entfallen können. Davon ausgenommen sollen die Fälle sein, in denen eine Mitteilung gemäß § 19 Abs 3 SchUG (Frühwarnung) ergangen ist.

Wann darf eine Person (Kind/Lehrperson) nicht in die Schule kommen?

Für alle Schulen gilt:

Personen, die sich nicht gesund fühlen (zB an Fieber, Husten, Schnupfen, Halskratzen oder Durchfall leiden), dürfen nicht in die Schule kommen.

Sofern seitens der Gesundheitsbehörde ein Absonderungsbescheid erlassen wurde, ist es den Kindern untersagt, die Schule zu besuchen. Wird der Absonderungsbescheid von der zuständigen Behörde aufgehoben, so ist das Kind wieder in die Schule aufzunehmen. Hiefür darf kein ärztliches Attest verlangt werden.

Findet an den schulautonomen Tagen Unterricht statt? Sind die Lehrpersonen schulrechtlich und dienstrechtlich abgesichert? Gibt es Versicherungsschutz für die Schülerinnen und Schüler?

Für alle Schulen (mit Ausnahme der Berufsschulen) gilt:

Vorletztes Wochenende hat Sie ein Schreiben des Bildungsministers und der Personalvertreter erreicht, in dem Sie alle um eine freiwillige Sicherstellung des Schulbetriebs am 22.5. und 12.6. ersucht werden. Wir bitten Sie auch hierfür wieder um Ihre Unterstützung!

Wir ersuchen um eine analoge Anwendung für alle schulautonomen Tage, die zusätzlich oder abweichend von den obigen Daten gelegt wurden.

Der Pfingstdienstag bleibt nach Rücksprache mit dem BMBWF schulfrei.

Die Lehrpersonen sind selbstverständlich schulrechtlich und dienstrechtlich abgesichert.

Nach Rechtsmeinung des BMBWF handelt es sich bei Unfällen an diesen Tagen, bei denen sich Schülerinnen und Schüler verletzen, zweifelsfrei um Unfälle, die gemäß § 175 Abs. 4 ASVG von der staatlichen Unfallversicherung gedeckt sind.

Ab welcher Schülerinnen- bzw. Schülerzahl muss die Klasse geteilt werden?

Für alle Schulen gilt:

Das Prinzip der Verdünnung sieht vor, dass grundsätzlich alle Klassen in zwei Teile geteilt werden müssen. Wenn allerdings die maximale Gesamtschüler(innen)zahl von 18 in einer Klasse nicht überschritten wird und die bestehenden Hygienebestimmungen eingehalten werden können, kann von einer Teilung abgesehen werden.

Das Prinzip des Schichtsystems gilt auch für diese Fälle, sodass auch an diesen Schulen nur an einigen Tagen pro Woche lehrplangebundener Unterricht (mit Anwesenheitspflicht) stattfindet. An den übrigen Tagen gibt es bei Bedarf ein Betreuungsangebot, es findet aber kein Unterricht statt.

Wie kann der Schichtbetrieb organisiert werden? Gibt es Vorgaben für ein einheitliches Modell oder sind die Schulen in dieser Entscheidung frei?

Für alle Schulen gilt:

Das Prinzip der Verdünnung sieht vor, dass alle Klassen grundsätzlich in zwei gleich große Gruppen geteilt werden.

Wie die Teilung durchgeführt wird, ist jeder Schule freigestellt. Die beiden Gruppen sollen im Rahmen eines Schichtsystems unterrichtet werden. Dabei können die jeweiligen Gruppen in mehrtägigen Blöcken oder täglich abwechselnd unterrichtet werden.

In der Sekundarstufe II ist grundsätzlich auch ein wochenweiser Wechsel möglich. Empfehlenswert ist ein wochenweiser Wechsel bei allen Schulen, wo Schülerinnen und Schüler das Internat besuchen.

Die Bildungsdirektion empfiehlt in jedem Fall eine Absprache mit den anderen Schulen am Standort, um die Organisation für die Erziehungsberechtigten bei mehreren Kindern oder auch die Schülertransporte zu erleichtern.

Bei Geschwisterkindern an Ihrem Standort ist die Einteilung so zu organisieren, dass ein gemeinsamer Schulbesuch sichergestellt ist. Auf Rückfrage der Eltern aufgrund unterschiedlicher Einteilung an verschiedenen Standorten sollte mit den Schulleitungen der anderen Schulen versucht werden, eine abgestimmte Einteilung zu erreichen. Für die Klärung von Einzelfällen ersuchen wir Sie um Kontaktaufnahme mit der zuständigen Schulaufsicht.

Wann findet an den berufsbildenden mittleren Schulen, Kollegs, Sonderformen nach SchUG-BKV der Präsenzunterricht der abschließenden Klassen statt?

Für Sekundarstufe II gilt:

An diesen Schulen hat ab 05.05.2020 bis zum Ende des Unterrichtsjahres lehrplanmäßiger Präsenzunterricht stattzufinden.

Das Ende des Unterrichtsjahres hat die Bildungsdirektion mit Verordnung noch vor 16.03. festgelegt. Dieses Datum für ist für Ihre Schule nach wie vor gültig.

Wie darf die für den Haupttermin 2019/20 gemäß § 8 Abs. 5 der 167. Verordnung geplante Verlängerung der Dauer der schriftlichen Klausurarbeiten um 60 Minuten verwendet werden?

Für Sekundarstufe II gilt:

Die zusätzliche Arbeitszeit dient vor allem dazu, um die mit der Corona Krise einhergehenden Herausforderungen (insbesondere im Hinblick auf eventuelle Störungen/Beeinträchtigungen durch das Einhalten der Hygienemaßnahmen - beispielsweise das regelmäßige Lüften) besser bewältigen zu können. Da die räumlichen Gegebenheiten von Schule zu Schule sehr unterschiedlich sind, obliegt es insbesondere im Prüfungsgebiet „lebende Fremdsprachen“ der Schulleitung zu entscheiden, wie die zusätzliche Arbeitszeit zu verteilen ist.

Vom BMBWF wird folgende Aufteilung empfohlen:

- AHS: Leseverstehen 20 Minuten länger, Sprachverwendung im Kontext 10 Minuten länger, Schreiben 30 Minuten länger

- BHS: Leseverstehen 20 Minuten länger, Schreiben 40 Minuten länger

LEISTUNGSBEURTEILUNG/AUFSTEIGEN/ZEUGNIS

Welche Formen der Leistungsfeststellung sind noch möglich?

Für die bevorstehende Leistungsbeurteilung sind alle im Schuljahr 2019/20 erbrachten Leistungen heranzuziehen.

Die im Rahmen des Distance-Learning erbrachten Leistungen fließen in die Mitarbeitsnote ein.

Schularbeiten dürfen nicht mehr stattfinden. Tests und Diktate sind als punktuelle schriftliche Leistungsfeststellungen weiterhin zulässig.

Schülerinnen und Schüler, die sich gegenüber dem derzeitigen Leistungsstand noch verbessern möchten, haben die Möglichkeit, eine sogenannte „Wunschprüfung“ gemäß § 5 Abs 2 LBVO abzulegen.

Der Grundsatz, dass zuletzt erbrachten Leistungen das größere Gewicht zuzumessen ist, wird für das laufende Schuljahr/Semester außer Kraft gesetzt.

Wann dürfen Schülerinnen und Schüler in die nächsthöhere Klasse aufsteigen?

Schülerinnen und Schüler dürfen mit einem (1) Nicht genügend in die nächsthöhere Schulstufe aufsteigen. Eine Entscheidung der Klassenkonferenz nach § 25 Abs 2 SchUG ist nicht erforderlich. Dabei ist es unerheblich, ob die Schülerin bzw der Schüler bereits im Vorjahr nur mit der Berechtigung gem. § 25 Abs. 2 SchUG („Aufstiegsklausel“) in die nächste Schulstufe aufgestiegen ist.

Schülerinnen und Schüler, die mehrere Nicht genügend aufweisen, sind nur dann zum Aufsteigen berechtigt, wenn die Klassenkonferenz einem entsprechenden Vermerk zustimmt.

Somit ist, anders als anfänglich kommuniziert, in allen Schultypen ein Wiederholen der Schulstufe möglich, wenn die Klassenkonferenz keine Zustimmung zum Aufsteigen gibt.

Gibt es abweichende Regelungen für das Aufsteigen aus Deutschförderkursen bzw. Deutschförderklassen?

Für das Aufsteigen von Schülerinnen und Schüler in Sprachfördermaßnahmen (DFKU/DFKL) gelten untenstehende Regelungen. Jene Vorgaben, die vom Leitfaden für Deutschförderklassen bzw. –kurse abweichen, sind in der Tabelle in Rot hinterlegt.

MIKA-D Test Ende SoSe	Sprachkenntnisse ausreichend	Aus Deutschförderklasse : Besuch des Regelunterrichts <u>als o. Schüler/in derselben oder der nächsten Schulstufe</u> im nächstfolgenden Schuljahr, je nach Entscheid der Klassen- oder Schulkonferenz
--------------------------------	--	---

	Aus Deutschförderkurs : Unabhängig davon, ob bereits eine Beurteilung möglich ist und wenn ja, wie diese in den einzelnen Fächern ausfällt, obliegt die Entscheidung über den Aufstieg der Klassen- bzw. Schulkonferenz.
Sprachkenntnisse mangelhaft	Aus Deutschförderklasse : Teilnahme am <u>Deutschförderkurs auf derselben Schulstufe</u> im nächstfolgenden Schuljahr Aus Deutschförderkurs : Unabhängig davon, ob bereits eine Beurteilung möglich ist und wenn ja, wie diese in den einzelnen Fächern ausfällt, obliegt die Entscheidung über den Aufstieg der Klassen- bzw. Schulkonferenz.
Sprachkenntnisse ungenügend	Besuch der <u>Deutschförderklasse derselben Schulstufe</u> im nächstfolgenden Schuljahr

Wann sind die Schülerinnen und Schüler zur Ablegung von Wiederholungsprüfungen berechtigt?

Gilt für alle Schulen, mit Ausnahme der Volks- und Sonderschulen:

Schülerinnen und Schüler sind abweichend von der Bestimmung des § 23 Abs. 1 letzter Halbsatz SchUG, also **unabhängig von der Anzahl der „Nicht genügend“ im Jahreszeugnis** und **unabhängig davon ob die Schülerinnen und Schüler zum Aufsteigen berechtigt sind**, zur Ablegung von maximal zwei Wiederholungsprüfungen berechtigt. Die Schülerinnen und Schüler müssen sich dafür rechtzeitig zu den Wiederholungsprüfungen anmelden. Es werden diesbezüglich noch konkretere Informationen folgen.

Muss an Volksschulen weiterhin zur Ziffernbeurteilung eine schriftliche Erläuterung (z.B.: Kompetenzraster) erfolgen?

Ja, weil die entsprechende Regelung seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht abgeändert wurde.

Was sind die Formvorgaben (Papier, Verbinden mit Zeugnis, etc.) für die schriftlichen Erläuterungen?

Die schriftlichen Erläuterungen müssen NICHT auf Papier mit grünem Untergrund gedruckt werden. Eine Ausfertigung auf „normalem“ weißem Papier ist ausreichend.

Das Dokument muss aber folgende Merkmale aufweisen:

- Name der Schülerin/des Schülers,
- die Bezeichnung und der Standort der Schule,
- Namen und Unterschriften der Schulleitung und des Klassenvorstandes bzw. der Klassenlehrerin/des Klassenlehrers
- Rundsiegel der Schule

Dadurch ist ein nachträgliches Austauschen unmöglich und somit gilt die schriftliche Erläuterung als mit dem Zeugnis verbunden. Ein Zusammenheften ist NICHT notwendig.

Welche inhaltlichen Vorgaben gibt es für die schriftlichen Erläuterungen?

Die schriftlichen Erläuterungen sind grundsätzlich für jeden Pflichtgegenstand abzufassen. Es ist aber möglich, dass eine fächerübergreifende Formulierung gewählt wird. In diesem Fall muss die Nennung der Pflichtgegenstände, für die die gegenständliche Erläuterung zutrifft, erfolgen.

Eine einzige, alle Gegenstände umfassende, schriftliche Erläuterung ist allerdings nicht zulässig.

Wie ist in diesem Schuljahr mit dem vorläufigem Jahreszeugnis (Interimsbestätigung/Schulerfolgsbestätigung) für weiterführende Schulen umzugehen?

Derartige Dokumente dürfen erst nach der Beurteilungskonferenz ausgestellt werden. Mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten können diese auch direkt an die aufnehmende Schule übersendet werden.

Die Beurteilungskonferenz hat am Montag (06.07.) oder Dienstag (07.07.) der letzten Unterrichtswoche stattzufinden. Auch eine teilweise Vorverlegung ist nicht zulässig! Für die letzten Stufen der VS, (N)MS, AHS-Unterstufe bzw. ASO wird aber angeregt, die Klassenkonferenzen am Montag stattfinden zu lassen.

Die höheren Schulen werden dahingehend darauf hingewiesen, dass die frühestmögliche Vorlage dieser Dokumente auch erst nach den Konferenzen der jeweiligen Schule erfolgen kann. Von einer Anforderung zu einem früheren Zeitpunkt ist abzusehen.

Die Aufnahmsprüfungen an AHS und BMHS finden in diesem Schuljahr Mittwoch (08.07.) und Donnerstag (09.07.) der letzten Unterrichtswoche statt.

Wann hat die Zeugnisverteilung stattzufinden? Dürfen alle Schülerinnen und Schüler am selben Tag (Zeugnistag) die Schule besuchen? (Update: 30.6.)

Die Zeugnisse sind für alle SchülerInnen am letzten Schultag des Unterrichtsjahres (Freitag, 10.7.2020) zu verteilen. Sie sind dementsprechend zu datieren und eine Ausgabe an einem früheren Tag ist KEINES-FALLS möglich!

Um die Hygienestandards einhalten zu können, wenn an diesem Tag alle SchülerInnen an die Schule kommen, wird eine Zeugnisverteilung in gestaffelter Form empfohlen. Denkbar wäre auch das Ausweichen in den Turnsaal oder ins Freie.

Sollte es an Ihrem Standort diesbezüglich zu organisatorischen Problemen kommen, wenden Sie sich bitte an Ihre Ansprechperson in der Schulaufsicht.

BETREUUNG

Muss für alle Kinder eine Betreuung stattfinden (auch für jene, die an jenem Tag keinen Präsenzunterricht haben)?

Für Primarstufe und Sekundarstufe I gilt:

Ja. Unabhängig vom beruflichen Hintergrund der Erziehungsberechtigten, muss für alle, die einen entsprechenden Bedarf anmelden, auch Betreuung angeboten werden. Es obliegt nicht dem einzelnen Schulstandort über die Notwendigkeit zu entscheiden.

Was mache ich, wenn nicht ausreichend Personal für die Betreuung vorhanden ist?

Für alle Schulen gilt:

Es ist bei der Planung möglichst auf die vorhandenen Ressourcen Bedacht zu nehmen.

Sollte es nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten zu Personalengpässen kommen, bitten wir Sie um Kontaktaufnahme mit der bzw. dem zuständigen SQM. In der Bildungsdirektion sind wir um Unterstützungsmöglichkeiten sehr bemüht.

Steht an ganztägig geführten Standorten eine Nachmittagsbetreuung zur Verfügung?

Für Primarstufe und Sekundarstufe I gilt:

Diese Standorte müssen – wie bereits in den vergangenen Wochen – entsprechend der üblichen Öffnungszeiten offen halten. Für die Planungen der NABE ist mit dem Schulerhalter Kontakt aufzunehmen, damit die Betreuung im Bedarfsfall sichergestellt werden kann. Die Gruppengrößen orientieren sich an den Bestimmungen des Hygienehandbuchs.

Die verschränkte Form der Ganztagschule wird bis zum Ende des Unterrichtsjahres getrennt fortgeführt.

Für allgemein bildende Pflichtschulen gilt:

Wenn an Tagen mit schulischer Nachmittagsbetreuung Nachmittagsunterricht entfällt, werden diese Stunden in Betreuungsstunden umgewandelt. Die Schülerinnen und Schüler der betroffenen Klasse haben mittags (ca. 12 bzw. 14 Uhr) Unterrichtsende, die für die NABE angemeldet werden jedoch in dieser Zeit von den Pädagoginnen und Pädagogen betreut.

Die Lernzeiten als Teil der schulischen Nachmittagsbetreuung bleiben ebenfalls bestehen.

Es kommt an GTS grundsätzlich zu keiner Ausweitung des Freizeiteils aufgrund der Unterrichtsverkürzung.

HYGIENEVORGABEN

Das Hygienehandbuch für Schulen wurde adaptiert und ist unter www.bmbwf.gv.at/hygiene abrufbar.

Besteht weiterhin die Verpflichtung einen Mund-Nasenschutz zu tragen?

Nein, der § 5 Abs. 1 iVm Anlage B C-SchVO wurde mit 03.06.2020 dahingehend abgeändert, dass keine Verpflichtung des Tragens einer Mund- und Nasenbereich abdeckenden mechanischen Schutzvorrichtung mehr vorgesehen ist. Dies gilt für alle Personen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Schulgebäudes. Eine freiwillige Verwendung ist aber weiterhin möglich.

Gibt es die Möglichkeit, am Standort wieder freiwillig zum verpflichtenden Tragen eines Mund-Nasenschutzes zurückzukehren? (Update: 30.6.)

Ja, es besteht die Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler mit einem Appell wieder zum Tragen aufzufordern. Wir würden dazu die Abstimmung mit den ElternvertreterInnen Ihres Standortes empfehlen.

Eine Verpflichtung zu dieser sinnvollen Maßnahme ist mangels gesetzlicher Grundlage leider nicht möglich.